



Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

63. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 8. Febr.).
11 Uhr. Am Ministerpräsidenten v. Arnim, Ministerialdirector Weisbach, Reichs-Rat, Rötter und zahlreiche andere Commissarien.
Das Haus erledigt in erster und zweiter Beratung den Gesetzentwurf, betreffend die Ausdehnung verschiedener preussischer Gesetze auf den Kreis Herzogthum Lauenburg und erklärt den 29. Bericht der Staatsschuldencommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens im Jahre 1876 und den Bericht über die Verwaltung des Unterlegungs-fonds für das Jahr 1877 für erledigt.
Es folgt die Beratung über nachstehende, bei Gelegenheit der Beratung des Gesetzentwurfs über die Beilegung des Staats an der Eisenbahn des Ostpreussischen Landes von der Budgetcommission beantragte Resolution, die Staatsregierung zu ersuchen: 1) dahin zu wirken, daß bei Eisenbahnen besonderer Ordnung die auf Reichsgesetz und Reichsverwaltungsordnungen bestehenden Bestimmungen, betreffend die Leistungen der Eisenbahnen zu Gunsten der Post-, Telegraphen- und Militärverwaltung, ebenso wie die Bau und Betrieb solcher Bahnen betreffenden Bestimmungen in einer der wirtschaftlichen und technischen Natur dieser Bahnen entsprechenden Weise geändert werden. 2) Dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Feststellung der Grundzüge für Concessionirung solcher Bahnen erfolgt. 3) Der Bau von Eisenbahnen besonderer Ordnung auch durch finanzielle Beilegung des Staates, namentlich in solchen Fällen zu fördern, in welchen der Bau derselben ausschließlich oder hauptsächlich durch communale Verhältnisse erfolgt.
Referent Richter empfiehlt die Annahme der Resolutionen, indem er die Vorgänge in anderen Staaten, besonders in Frankreich, Bayern, Preussen und Oldenburg darlegt, die daran gehen, ein großes Eisenbahnnetz auszubauen. Wie der Staat seine Subvention einrichten solle, ob er eine Aktienbeilegung oder eine Prämie, wie bei Kaufmanns-Unternehmen, eintreten lassen will, darüber sollen Bestimmungen nicht getroffen werden. Die ganze Angelegenheit bedarf zu ihrer Entwicklung einer Reihe von Jahren; vor allen Dingen muß sich erst in den Kreisen der Beilegung das Interesse ausbilden. Aus den früheren Bewilligungen, die sich nur auf 1/2 des Gesamtbetrages belaufen, darf man nicht den Schluß ziehen, daß höhere Bewilligungen nicht zulässig seien, vielmehr soll in jedem Falle nach Maßgabe des Bedürfnisses entschieden werden. Neben theil dann noch mit, daß zwei Provinzen sich mit dem Gedanken trügen, ihrtheils Localbahnen zu subventioniren, weil sie sich entschieden für berechtigt halten, derartige Subventionen zu gewahren.
Abg. v. Benda befragt, daß die Provinz Brandenburg eine Bewilligung für Secundärbahnen eintreten zu lassen beabsichtige, und zwar unter dem Titel „für Wegebauten“. Es wäre ihm sehr interessant, die Stellung der Staatsregierung zu dieser Frage zu erfahren; formell steht einem solchen Vorhaben der Provinzen kein Hindernisgrund entgegen; die Staatsregierung könnte nur sagen, daß ein solcher Beschluß nicht zur Ausführung gelangen dürfte. Jedenfalls würde die Provinz aber eine Bewilligung nicht anders aussprechen, als wenn auch der Staat sich an dem betreffenden Unternehmen beilegt.
Geh. Finanzrath Rötter: Die Regierung hat die Frage, ob die Beilegung der Provinzen an Secundärbahnen gesetzlich zulässig sei, für controvertibel gehalten; in Folge dessen hat sie den Weg der Gesetzgebung beschritten, ist aber im Hause auf Widerstand gestoßen. Die Frage ist also für die Regierung noch eine offene.
Abg. Wehr (König): Ein solches Subventionsrecht steht den Provinzen gesetzlich nicht zu, und da der Gesetzentwurf damals abgelehnt wurde, so kann die Regierung eine solche Bewilligung nicht gestatten. Es liegt vielmehr der Regierung die Verpflichtung ob, erst eine gesetzliche Regelung der Frage eintreten zu lassen und theilweise vorzugeben, wie dies die anderen Staaten gethan haben, und nicht den Anfang den Provinziallandtagen zu überlassen.
Abg. v. Benda: Das Haus hat den Gesetzentwurf über die Secundärbahnen nicht abgelehnt, sondern nur den Provinziallandtagen zur Begutachtung überlassen.
Abg. Hammacher: Dem Sinne nach steht den Provinzialverbänden wohl das Recht zur Subventionirung von Secundärbahnen zu. Außerdem empfiehlt es sich gerade für das Zustandekommen solcher Bahnen, daß die Gemeinden, Kreise und Provinzen sich für dieselben interessieren; erst zuletzt muß die Beilegung des Staates eintreten. Ich warne daher, in diesen Sachen den Staat als den zunächst Verpflichteten zu bezeichnen; damit würden wir in ein Chaos von Staatsunterstützungen kommen, aus welchem eine tiefe Schädigung unserer finanziellen Interessen entstehen könnte.
Abg. Wehr (König): Gerade wo eine staatsgesetzliche Regelung der Frage besteht, ist die Beilegung der Interessenten eine viel lebhaftere, als wo eine solche nicht vorliegt. Ich will, daß für den Fall, wo die Interessenten ihren guten Willen bezeugen, der Staat zur Leistung einer gewissen Unterstützung verpflichtet sein soll; sie soll nicht von dem Belieben des Handels- oder Finanzministers abhängen.
Abg. v. Sauter-Larusen befragt die Beilegung der Provinzialverbände, aus dem Dotationsfonds solche Subventionen zu machen. Die Regierung hätte sich etwas deutlicher aussprechen sollen, jedenfalls aber ist die Frage keine offene mehr, da durch die Vorlage des Gesetzes im vorigen Jahre schon constatirt ist, daß eine gesetzliche Regelung notwendig sei.
Geh. Finanzrath Rötter bemerkt, daß die Regierung die Frage stets für eine zweifelhafte gehalten und deswegen den Gesetzentwurf vorgelegt habe; da ein Beschluß deswegen nicht vorliege, so bleibe der Zweifel bestehen.
Abg. Berger: In dieser Frage sei die Stellung der Privatbahnen von großer Bedeutung, denn ohne deren Mittheilung können die Kommunen keine Localbahnen bauen. Die Privatbahnen sind zum Bau derselben bereit, sie fürchten sich nur vor dem Reichseisenbahnproject.
Abg. v. Köller: Die Frage der Staatsbeilegung an Secundärbahnen kann nicht wohl generell im Gesetz geregelt werden, weil noch gar nicht festgestellt, was denn eigentlich eine Secundärbahn sei. Mit solchen Staatsprämien muß es ebenso gehalten werden, wie mit den Eisenbahnprämien, und je nach dem Grade dieser Beilegung eine größere oder kleinere Subvention ertheilen. Jedenfalls ist den Provinzialverbänden eine solche Ausgabe aus dem Dotationsfonds nicht gestattet. Aber es steht ihnen ja frei, Anleihen zu machen oder Steuern für diesen Zweck auszusprechen.
Geh. Oberregierungs-Rath v. Bredow: Ich kann das Einverständnis der Regierung mit den Resolutionen sub 1 und 3 erklären; die Bedenken werden gegen Nr. 2, weil ein Bedürfnis zum Erlaß eines solchen Gesetzes nicht vorliegt. Die Regierung hat nach den Bestimmungen des Eisenbahngesetzes derartigen Bahnen alle wünschenswerthen Erleichterungen zu Theil werden lassen und ist dazu noch bereit, soweit dies nach der Natur der einzelnen Bahnen zweckmäßig ist. Die Regierung ist fern davon, nur Actiengesellschaften concessioniren zu wollen, sie hat auch schon Privatunternehmern und Kommunen Concessionen ertheilt. Es erscheint ihr auch wünschenswerth, diejenigen corporativen Verbände, die sich an der Aufbringung des Capitals beilegen, an der Verwaltung zu beilegen. Aber es ist nicht nöthig, dies in einem Gesetze auszusprechen; ein solches Gesetz würde der Staatsregierung die Hände zu sehr binden.
Abg. Löwe (Calbe) bittet die Resolution 2 trotzdem anzunehmen. Man könne mit solchen Dingen nicht warten, bis die Definition von Secundärbahnen gegeben ist oder bis die Privatbahnen über das Reichseisenbahnproject in Arbeit sind; denn dann wäre die Frage überhaupt auf Salendae graecas verlagert. Daß die Entwicklung des Verkehrs gegen die Industrie zurückgeblieben sei, sei Schuld des Staates, der den Eisenbahnbau in dieser Beziehung vernachlässigt habe. Diese kleinen Localbahnen müßten von der Börse ferngehalten werden, damit sie nicht in Speculationen ausarten.
Handelsminister Arnim: Die Regierung steht den Resolutionen durchaus freundlich gegenüber, muß sich aber im Interesse des Secundärbahnwesens gegen die Nr. 2 aussprechen, weil die gesetzliche Regulirung für die Concessionirung schädlich wirken wird. Von der Beilegung des Staates ist dabei gar keine Rede. Die Regierung wird jetzt schon mit allen möglichen Projecten überhäuft, und ist den größten Unbequemlichkeiten ausgesetzt, wenn nicht die Garantie geschaffen wird, daß sie es nur mit den Interessenten zu thun haben soll. Wird eine Beilegungsvorschrift des Staates gesetzlich fixirt, so wird der Staat leicht in die Wege des Schwindels getrieben werden können. Jedenfalls darf man nicht eine zu starke Beilegung der Gemeinden künstlich hervorgerufen durch Prämien. Wenn die Bahnen sich dann nicht rentiren, so kommen die Gemeinden in große Verlegenheiten. In Frankreich ist ein Gesetzentwurf wegen Bewilligung von 500 Millionen Francs vorgelegt, um die bankroten Secundärbahnen anzukaufen, und dies wird nicht als Act der staatlichen Nothwendigkeit, sondern als Act der reinen Wohlthätigkeit bezeichnet. Deshalb wollen wir nicht zu eilig auf diesem Gebiete vordringen; denn es kann zu leicht eine schwindelhafte Ueberproduktion stattfinden. Deshalb wird die Regierung aber doch diesen Zweck des Verkehrs nach Kräften fördern. Was das Reichseisenbahnproject angeht, so weiß ich nicht, wie so dieses die Privatbahnen hindern könnte, in ihrem Besitze Localbahnen zu bauen; das würde doch nur den ihnen zu zahlenden Kaufpreis erhöhen. Mir ist aber von einem solchen Projecte überhaupt noch nichts bekannt geworden. Die Regierung wird allen solchen Bahnen entgegenkommen, aber dieses Entgegenkommen hat seine Grenzen; es darf also den Bahnen z. B. keine freie Verfügung über die Tarife gegeben werden, denn man hat die Erfahrung gemacht, daß, sobald der Tarif eine gewisse Grenze überschritten hat, der Bauer lieber seine Pferde anspannt, statt die Localbahn zu benutzen.
Referent Richter: Die Frage der Beilegung oder Nichtbeilegung der Provinzen zu Subventionsgewährungen ist im Hause nicht entschieden, also zweifelhaft geblieben; übrigens könnten sich die Provinzen durch sehr einfache Operationen helfen, ohne den Boden des Gesetzes zu verlassen. Ich constatire ausdrücklich, daß der Handelsminister ein weiteres Entgegenkommen zugesagt hat. Die Tariffahrt könnte er doch ruhig den betreffenden Verwaltungen überlassen, denn ein zu hoher Tarif, der eine Verminderung des Transports zur Folge hätte, wäre doch ein Verlust für die Bahn. Daß jetzt bei der primitiven Entwicklung, in der sich die Angelegenheit befindet, der Minister sich schon vor dem Schwindel fürchtet, ist unbegründet; die Beilegung von 1/2 oder 1/3 ist doch kein so großes Mittel, daß es die Gemeinde zu unbedachtlichen Unternehmungen verleiten könnte. Wir wünschen allerdings nicht eine solche Entwicklung wie in Frankreich. Aber in wenigen Jahren wird man nicht begreifen, wie man sich so lange über diese Frage streiten konnte, und in zehn bis zwanzig Jahren werden wir dahin gekommen sein, daß da, wo jetzt Pferde und Wagen sich bewegen, die Locomotive fährt, und viel billiger und einfacher arbeitet, als jetzt. (Beifall und Widerspruch.)
Das Haus nimmt darauf die Resolutionen 1 und 3 an, und lehnt die sub 2 mitgetheilte ab.
Es folgen Petitionen.
Der Kreisphysikus, Sanitätsrath Dr. Wiener zu Culm petitionirt um Reorganisation des Medicinalwesens und Bewilligung von ausreichendem Gehalt etc. an die Kreisphysiker.
Die Budget-Commission beantragt durch ihren Referenten Birchow, daß das Haus die Ernennung ausspreche, daß die Regierung baldigst einen Gesetzentwurf über die mehrmals in nahe Aussicht gestellte Reorganisation des Medicinalwesens vorlegen werde und über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.
Referent führt aus, daß die Regierung nunmehr selbst an diese Angelegenheit herantreten müßte, da die auf das Reich in dieser Beziehung gerichteten Hoffnungen nicht erfüllt worden sind.
Geh. Reg.-Rath v. Boffe erklärt, daß die Regierung mit dieser Reform beschäftigt sei und daß es derselben hoffentlich gelingen werde, den geordneten Gesetzentwurf bald vorzulegen.
Der Commissionsantrag wird angenommen.
Auf mehrere Petitionen, betreffend die Aufhebung der Brücken-zölle bei Torgau und Wittenberg über die Elbe beantragt die Commission, die Regierung aufzufordern, bei Vorlegung des nächsten Etats auf Befreiung der fideicommis Brücken-zölle, erforderlichen Falles im Wege der Gesetzgebung, Bedacht zu nehmen.
Das Haus genehmigt diesen Antrag.
Bei der Petition der Amtsvertreter Namens der Amtsversammlung des Amtes Stolzenau, den neuen Jahrgeldtarif für die fideicommis Jahre zu Stolzenau betreffend, hat die Budgetcommission den Antrag gestellt, die Petition der königlichen Staatsregierung zu nochmaliger Prüfung des Tarifs unter Anhörung der Amtsversammlung zu Stolzenau zu überweisen.
Der Antrag der Commission wird angenommen.
Der Schiedsmann und Redacteur Piepmannshohn hat eine Petition dahin eingereicht: den Herrn Justizminister in geeigneter Weise zu veranlassen, auf eine Beschwerde des Petenten über das Kammergericht materiell zu entscheiden. Der Petent hat sich beschwert, daß er vom Kammergericht in verletzender Weise behandelt und im einzelnen Falle von seinem Amte entsetzt worden sei.
Die Justizcommission beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen.
Abg. Vangerhans stellt den Antrag, der Bitte des Petenten stattzugeben, indem derselbe in durchaus unstatthafter Weise von Seiten des Kammergerichts beschiedenen worden sei.
Der Regierungscommissar erkennt zwar an, daß der Petent seit langen Jahren in ehrenvoller Weise das Schiedsrichteramts bekleidet, daß er jedoch in dem in Rede stehenden Fall ein, für den Zweck, zu dem es bestimmt war, unbrauchbares Amt ausgestellt habe. Die Form der vom Kammergericht erlassenen Verfügung verleihe nicht den Tadel, den der Abg. Vangerhans ihr habe zu Theil werden lassen. Der Justizminister habe auf die Beschwerde nicht eingehen können, da zu der Zeit, als die Angelegenheit ihm unterbreitet wurde, das von dem Stellvertreter des Petenten ausgestellte Amt bereits bei dem zuständigen Gericht eingereicht war.
Abg. Löwenstein erklärt, daß die Commission zwar der Ansicht gewesen sei, daß die Verfügung des Kammergerichts in der Form durchaus nicht zu billigen und daß die überall gebotene Höflichkeit, besonders unbedachten Ehrentiteln gegenüber in erhöhtem Maße erforderlich sei, daß aber der Petent besser gethan hätte, sich der rechtlichen Anschauung des Kammergerichts zu fügen. Das von ihm ausgestellte Amt sei für den praktischen Zweck entschieden unbrauchbar gewesen. Materiell könne aber der Petent nicht stattgegeben werden, da die Gesetzgebung eine Beschwerde über Verfügungen des Appellationsgerichts in Schiedsmannsachen an den Justizminister nicht kenne und aus dem vorliegenden Falle ein Präcedenzfall nicht geschaffen werden dürfe. Zudem sei die Sache bereits erledigt und der Minister könne gar nicht mehr materiell darin entscheiden. Neben beantragt, dem Beschluß der Commission beizutreten.
Abg. Zelle bemerkt, daß der Hauptzweck der Petition sich auf die Feststellung der Frage richte, ob der Justizminister bei Beschwerden von Schiedsrichtern gegen das Appellationsgericht competent sei oder nicht. Eine solche „materiell“ Entscheidung herbeizuführen, sei von der größten Wichtigkeit. Im vorliegenden Falle sei der Justizminister ungewiss, ob er competent gewesen, indem es sich hier um eine Angelegenheit der Disciplin gehandelt habe, in welcher die Beschwerde bedeutungsmäßig bis an den Minister gehe.
Referent Abg. Krause führt aus, daß nach der Ansicht der Commission dem Justizminister eine „materiell“ Entscheidung in der betreffenden Angelegenheit nicht zustehe.
Der Antrag Vangerhans wird abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.
Eine Anzahl Petitionen, welche den Elbsumfluth-Canal und das Prehiner Wehr betreffen, sollen nach dem Antrage der Agrar-Commission zum Theil durch Uebergang der Tagesordnung erledigt, zum andern Theil der Regierung als Material für ihre Erörterungen überwiesen werden.
Abg. v. Bonin beantragt, diese sämtlichen Petitionen der Regierung zur Erwägung und als Material für eine erneute umfassende Prüfung, Befugnis

Volendung des gesammten Regulirungswerkes und Feststellung einer anderweitigen, den durch dasselbe herbeigeführten thatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Vertheilung der Lasten zwischen dem Staate und den Interessenten unter eventuellem Abänderung des Statuts vom 24. Juli 1868, soweit solche nothwendig erscheint, zu überweisen.
Hierzu beantragt Abg. v. Heereman, den Petenten die Kosten des Prehiner Wehrs zu ersetzen.
Abg. Stengel giebt dem Commissionsantrag vor dem Votiren den Vorzug und wünscht, daß die Regierung die schwierige Materie nochmals erwägen möge.
Abg. v. Bonin bemerkt, daß der Staat verpflichtet sei, für das rechte Uebser ebenso zu sorgen, wie für das linke, wo er zum Schutze seiner großen Domänenbesitzungen erhebliche Vertheilungen gegen die Elbsumfluth getroffen habe.
Der Commissar der Regierung befreit, daß die Fluthregulirung auf der linken Seite lediglich im Interesse der Staatsbesitzungen vorgenommen worden sei.
Der Antrag Heereman-Bonin wird angenommen.
Es folgt der Bericht der Agrar-Commission über die Petition von Protokollführern der Special-Commission für Auseinanderlegungssachen zu Wahlhausen in Thüringen um Erwirkung der Pensionsberechtigung. Der Berichterstatter Abg. Dr. Dammann beantragt im Namen der Commission, die Petition der Staatsregierung zur Verdischätzung dahin zu überweisen, daß sie bei den Special-Commissionen beschäftigten, vorzüglich bewährten Protokollführern gemäß den Resolutionen des Hauses vom 2. März 1874 und vom 2. März 1877 eine angemessene Pensionsberechtigung in ähnlicher Weise, wie es früher bezüglich der Commissarien und Feldmesser geschehen, beilege oder in anderer Weise dafür Sorge trage, daß denselben von dem Zeitpunkte ihrer Dienstunfähigkeit ab eine entsprechende Unterstützung zu Theil werde.
Der Antrag wird angenommen.
Die Petition des Vorstandes der Gemeinde Rhumspringe, betreffend Veräußerung oder Verpachtung des Domainenbörwerts Weinlagen an die Gemeinde Rhumspringe wird der Regierung zur Erwägung überwiesen.
Die Petition der Lippmühlensberger Brille und Genossen zu Lippstadt, enthaltend Beschwerden über Entziehung des ihren Mühlen nöthigen Wassers, beantragt der Berichterstatter v. Bogeley im Namen der Agrar-Commission der Regierung mit der Aufforderung zu überweisen, zu veranlassen, daß wenigstens vorab und bis zu einer anderweitigen Regulirung schleunigst durch die Meliorations-Societät der Boder Heide die Wiedereröffnung des Abfluthungs-Canals, sowie das Abkühlen des Wassers in die Lippe oberhalb der Stadt Lippstadt wieder hergestellt und erhalten werde.
Der Antrag wird angenommen.
Die Petition des Kirchenvorstandes Winkelmann zu Münster, Amts-Soltau, Provinz Hannover, hat das Verhältniß zu den Lasten der betreffenden Gemeinden und Kirchen- und Schulverbände zum Gegenstande und führt aus, daß der Fiskus an seinem Grundbesitz in den Bezirken dieser Gemeinden und Verbände in ungenügender Weise zu den Lasten beitrage, beziehungsweise davon sich ganz losmache und daß die Beitragspflichtigen in Folge dessen in ungerechtfertigter Weise präjudicirt werden.
Das Haus geht über die Petition in der Erwägung, daß die Frage, ob in den Kirchen- und Schulgemeinden, denen Pekennten angehören, der Fiskus zu den Kirchen- und Schullasten als dinglichen Beitragszahler habe, im Rechtswege zu entscheiden ist, und ferner, daß gegenwärtig dem Landtage der Monarchie der Entwurf zu einem Communalbesteuerungs-Gesetze zur verfassungsmäßigen Zustimmung von der königlichen Staatsregierung vorgelegt ist, in welchem die Beitragsleistung des Fiskus zu den Gemeindefasten geregelt werden wird, zur Tagesordnung über.
Der Vorstand des Bürgervereins der Stadt Loth in Neuborpommern wendet sich an das Haus der Abgeordneten mit der Bitte, bei der Staatsregierung dahin zu wirken, daß in den Städten von Neuborpommern und Wigen, mit Ausnahme von Stralfund und Greifswald, die bestehenden veralteten Statutbestimmungen durch die Städteordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 17. März 1875 ersetzt werden.
Die Petition wird der Staatsregierung als Nachweis der Dringlichkeit einer Revision der Städteverfassungen überwiesen.
Der Magistrat von Berlin hat seit dem Jahre 1869 den norddeutschen Bundesfiskus, später den deutschen Reichsfiskus von dessen im Stadtbudget belegenden Grundstücken mit zu der Gemeindefinanzveranlagung. Er hält sich dazu berechtigt durch die Bestimmungen des § 4 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und des § 1 des bestätigten Regulativs, betreffend die Einführung einer Gemeindefinanzveranlagung in der Stadt Berlin, nach welchen physische wie juristische Personen, welche, auch ohne in dem Stadtbudget zu wohnen, darin Grundbesitz haben oder ein stehendes Gewerbe betreiben, zu den auf den Grundbesitz oder das Gewerbe und auf das aus jenen Quellen fließende Einkommen gelegten Lasten und Abgaben beizutragen verpflichtet sind.
Das Reich erkennt diese Berechtigung nicht an. Einen Executionsversuch hat der Minister des Innern inhibirt. Der Magistrat bittet, seinen Ansprüchen Anerkennung zu verschaffen.
Die Commission beantragt, die Petition der Regierung zur Verdischätzung zu überweisen.
Geh. Rath Herrfurth weist darauf hin, daß die preussische Regierung an ihren im Communalsteuergesetz zum Ausdruck gebrachten Principien über die Besteuerung der Forensten festhalte, daß man es aber bei dem Reiche, welches die aus Landesgesetzen hergeleiteten Ansprüche der Communalbehörden nicht anerkenne, mit einer vis major zu thun habe, gegen welche man eine Execution nicht zulassen könne.
Abg. Meyer (Breslau): Was der Fiskus kraft seines Hoheitsrechtes betreibt oder hat, kann einer Communalbesteuerung nicht unterliegen; so weit aber der Fiskus etwas betreibt oder hat, was ein Privatmann ebenso gut treiben oder haben kann, so zählt er Steuern wie jeder Privatmann, denn er soll nicht günstiger gestellt sein, als seine Concurrenten. Dieses Princip ist von dem preussischen Fiskus stets anerkannt worden; wenn der Reichsfiskus auf seiner Weigerung besteht, so würde dieses Princip scheitern, denn von einer Execution kann keine Rede sein. Das Reich muß aber in diesen Sachen der allgemeinen Eigenthumsordnung, zu denen auch das Besteuerungsrecht der Kommunen gehört, sich den Regeln fügen, und deshalb bitte ich, den Commissionsantrag anzunehmen.
Referent Abg. Götting empfiehlt ebenfalls den Commissionsantrag und bemerkt, daß eine Execution wohl zulässig sei, sie sei nur durch Ministerialbefehl verhindert worden.
Das Haus tritt dem Antrage bei.
Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr. (Zustimmung.)

Berlin, 8. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Oberförster a. D. Staubebrand, bisher zu Niederaltbach, jetzt zu Fulda, und dem Ober-Postkassen-Vorhalter a. D. Sauerland zu Halle a. S. den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Wachmeister Scheel im 1. Garde-Infanterie-Regiment das Kreuz der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Schullehrer Rabe zu Rölpe im Landkreise Hannover, dem Förster a. D. Habicht zu Marienhagen im Kreise Frankenberg, dem Landbriefträger a. D. Fischer zu Heimbolshausen im Kreise Hersfeld, dem Schafmeister Biethe zu Janzin im Kreise Landsberg und dem Fabrikarbeiter Friedrich Boock zu Grabow a. D. das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.
Der Gerichts-Assessor Richter in Bochum ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Striegau und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau mit Anweisung seines Wohnsitzes in Vollenham ernannt worden.
Berlin, 8. Febr. [Beide Kaiserliche Majestäten] besuchten heute Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Elisabeth, um Sie zu Ihrem Geburtstag zu beglückwünschen.
[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] wohnte gestern Vormittag der Befestigung der Recruten des ersten

Bataillons des Garde-Füsilier-Regiments bei und empfing gegen Mittag den Prinzen Heinrich zu Waldeck. Abends 9 1/2 Uhr begaben sich die höchsten Herrschaften mit Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Charlotte zum Ball in das königliche Palais. (N.-Anz.)

Gewinn-Liste der 4. Klasse 157. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie.

Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parentese beigefügt.)

Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

10 103 48 77 (600) 86 (1500) 222 75 98 99 358 422 53 72 (300) 512 (3000) 13 14 646 52 53 80 94 (600) 726 56 69 82 813 31 63 909 1000 54 132 35 (1500) 262 (300) 302 18 78 92 416 25 41 70 506 (3000) 69 606 789 (600) 97 807 (600) 19 31 83 2011 (300) 175 276 353 402 531 23 707 810 37 924 31 93 (300) 95 3000 24 (300) 207 27 35 73 78 87 300 4 82 90 412 88 93 585 660 77 727 35 91 822 (1500) 930 48 57 59 4032 99 353 (3000) 63 (30000) 76 92 421 70 85 (1500) 511 612 732 851 63 943 5073 88 (600) 126 219 23 27 32 62 (1500) 98 (3000) 315 462 512 15 17 31 62 702 33 814 933 43 6060 83 184 206 43 56 303 61 417 20 (300) 29 46 (600) 50 518 93 601 14 26 88 802 21 26 84 (300) 925 39 48 90 7016 30 37 51 137 (600) 201 26 (300) 351 62 98 (3000) 441 49 52 576 90 615 33 34 (600) 46 99 760 77 840 47 942 49 (300) 97 8036 117 48 94 262 (600) 72 (30000) 74 370 419 28 46 (300) 49 54 67 515 (1500) 32 (300) 33 615 36 56 78 720 47 818 52 60 64 909 9072 85 (300) 177 217 (300) 49 (300) 62 (300) 65 83 97 (3000) 350 67 450 78 92 521 (300) 41 47 61 67 86 602 713 33 (1500) 36 76 860 933 64 (300) 69 (300).

10,038 132 357 61 85 405 23 506 18 44 55 60 889 929 35 11,027 43 (300) 239 326 32 403 15 37 551 702 34 40 854 56 75 902 22 12,000 17 36 171 221 (300) 395 442 54 590 729 35 38 47 (300) 856 909 36 58 13,028 204 332 45 53 (600) 70 92 420 53 62 74 83 84 93 551 76 647 906 35 92 99 14,059 119 59 (1500) 69 (1500) 88 206 (3000) 11 19 35 63 365 (300) 72 (300) 441 (15000) 43 670 709 11 62 63 831 900 13 59 15,016 60 82 189 (3000) 287 317 97 438 72 90 617 702 22 28 30 47 78 (300) 808 918 21 (1500) 90 16,003 (800) 45 66 158 70 71 215 23 79 (600) 324 93 445 (600) 55 79 550 88 89 764 807 45 63 75 926 47 84 (600) 17,048 54 132 205 35 56 71 (300) 93 321 38 45 97 (300) 410 (600) 30 43 47 533 663 (300) 70 79 715 27 40 (600) 73 (300) 844 46 69 (300) 912 39 74 91 (600) 18,014 37 (600) 42 (300) 64 103 (600) 230 51 69 (600) 95 309 40 85 99 508 23 53 73 75 631 708 864 76 944 63 64 (300) 71 19,041 47 70 86 116 17 218 (600) 32 56 77 432 71 84 562 657 98 (600) 722 25 72 91 92 805 (300) 24 (3000) 45 908 30.

20,082 266 (3000) 71 76 98 370 71 463 97 519 51 60 (300) 93 638 46 714 25 85 880 914 16 29 35 87 21,006 80 159 213 (300) 97 337 66 78 94 438 92 534 605 53 (3000) 767 98 801 19 32 41 50 (300) 95 918 31 35 63 22,005 14 51 126 (1500) 78 81 82 218 26 51 (3000) 91 303 74 412 (1500) 14 31 29 49 83 (1500) 503 61 918 (300) 711 848 77 (600) 99 920 21 23,071 99 101 13 201 37 454 55 (1500) 59 522 (3000) 38 81 96 602 55 (1500) 93 95 98 727 42 62 84 (6000) 923 74 86 24,019 54 96 127 202 28 303 6 (300) 501 47 641 73 743 (300) 55 829 (300) 73 921 31 89 25,012 33 36 (600) 94 (600) 95 119 48 274 336 97 421 58 507 (300) 12 64 80 (300) 605 (3000) 16 34 41 56 724 (1500) 60 85 (300) 88 (600) 96 812 28 (1500) 49 902 26,016 73 122 44 49 83 229 37 86 (300) 339 46 405 35 39 569 662 74 732 (300) 49 80 90 (3000) 91 805 18 68 91 (3000) 911 77 79 (300) 83 27,056 66 86 (300) 161 95 237 59 335 82 420 43 63 539 91 621 (1500) 59 68 731 90 (1500) 97 924 25 28,003 21 81 (600) 104 (3000) 26 59 (600) 96 242 68 312 (1500) 24 76 89 445 88 (300) 90 535 91 94 601 7 61 784 93 873 974 29,110 17 18 (300) 22 245 384 491 (300) 522 32 82 91 630 86 719 (600) 815 (300) 26 958 71.

30,051 (300) 131 49 57 217 64 78 (300) 365 463 74 553 62 82 (1500) 83 648 768 808 33 49 900 57 (300) 76 31,035 216 21 47 72 347 69 79 417 514 16 56 68 (300) 73 99 612 92 738 (600) 61 70 967 32,015 (300) 61 (300) 78 88 163 93 204 8 412 37 43 519 613 28 32 46 770 98 818 24 95 922 23 61 33,012 14 15 24 53 187 95 229 50 60 302 409 29 (300) 503 13 635 716 52 75 847 930 (300) 34,012 54 126 211 336 421 96 (300) 540 676 701 36 54 77 95 835 917 35,008 (600) 81 224 54 399 416 58 66 75 99 534 76 617 33 42 69 91 748 (300) 814 36,114 39 43 68 (3000) 71 205 7 8 29 56 58 (600) 70 (3000) 80 97 302 17 (600) 40 62 433 34 38 45 (300) 500 33 54 760 99 945 (1500) 58 37,027 94 107 45 55 215 30 44 89 (1500) 408 62 590 615 55 58 67 74 99 739 841 921 38,019 69 81 135 259 97 691 92 725 62 97 819 (1500) 39,001 (3000) 86 130 212 74 313 (300) 99 443 51 (300) 88 550 74 715 869 72 83 925 34.

40,120 238 71 78 307 45 69 77 577 623 95 850 67 900 35 78 41,053 124 38 48 202 14 38 346 (300) 416 39 632 804 13 950 72 42,010 140 70 216 54 321 42 95 446 (3000) 53 85 (600) 542 77 600 10 (300) 77 705 66 (600) 816 947 51 43,039 113 217 39 (300) 58 379 418 45 99 514 54 99 609 36 803 78 83 970 75 97 44,084 122 93 (1500) 250 54 81 320 98 486 685 800 968 71 45,124 215 27 60 68 71 320 51 (600) 404 36 54 62 (300) 568 641 60 77 712 28 (300) 81 842 46 76 907 30 40 53 80 98 46,003 (300) 33 43 45 105 23 63 399 486 (300) 531 42 655 (3000) 76 (300) 700 47 (300) 64 91 830 61 65 936 53 68 77 (300) 47,131 (600) 47 90 (300) 227 318 30 81 437 41 590 (600) 610 49 58 720 852 94 914 61 87 48,191 244 81 (300) 459 528 618 26 709 879 962 49,005 (1500) 28 39 (1500) 41 49 222 24 26 29 90 410 32 (300) 694 (300) 708 61 93 863 913 (600) 29 (300).

50,046 93 163 73 81 (600) 388 401 (300) 44 62 63 97 522 48 627 65 (300) 730 72 (300) 820 55 70 84 88 51,013 108 60 82 220 31 (300) 314 410 76 514 42 (600) 81 83 (300) 95 600 40 748 50 54 62 75 969 (300) 52,039 84 (3000) 153 87 (3000) 203 19 80 (1500) 84 329 39 (1500) 68 487 86 (300) 525 59 76 82 87 738 (300) 57 81 (300) 95 804 (600) 67 913 88 53,014 75 87 (300) 159 (300) 206 79 81 300 15 20 40 (300) 90 417 67 517 88 (3000) 600 27 (300) 90 718 (300) 58 (300) 84 90 (1500) 805 38 78 54,069 104 55 76 228 52 329 34 (600) 64 (3000) 97 447 511 51 74 (300) 627 58 77 95 702 84 839 (300) 44 62 81 906 30 39 70 55,099 130 31 47 64 221 30 306 (1500) 14 15 30 54 60 (300) 415 66 72 82 (600) 502 (600) 67 692 (600) 701 52 55 91 858 74 80 90 903 10 73 56,003 89 (300) 98 208 37 (300) 51 55 82 406 48 53 600 4 82 741 94 97 99 (300) 830 902 18 (1500) 48 64 92 57,033 36 92 117 72 301 23 33 38 61 410 97 533 63 91 605 6 14 21 78 82 742 (300) 73 872 (300) 92 941 (1500) 65 (1500) 58,006 69 75 (300) 194 263 71 321 (300) 63 72 462 41 46 51 (1500) 61 539 65 72 763 70 840 56 94 98 918 26 62 (300) 78 59,061 (300) 70 74 86 87 103 7 36 49 56 69 70 (300) 214 43 90 (600) 350 61 (300) 98 426 60 95 99 521 70 (300) 609 12 40 49 62 873 78 942 (300) 43 54 (3000).

60,008 54 218 28 63 82 355 462 (3000) 83 536 607 33 57 82 701 31 59 887 902 58 61,080 127 31 48 231 93 349 83 458 64 539 80 634 51 54 67 737 46 847 72 (600) 77 921 55 76 62,020 148 51 214 31 87 230 446 508 73 (600) 615 55 (300) 715 62 (1500) 809 49 900 63,098 (600) 111 (300) 19 52 210 71 97 (600) 303 20 458 60 519 33 99 607 94 713 806 60 74 965 (300) 64,024 (300) 47 62 100 (300) 7 8 76 204 66 304 6 (1500) 52 72 695 710 43 50 816 70 929 35 (300) 52 60 78 (300) 65,013 44 45 193 299 304 78 (600) 88 481 670 785 872 92 925 66,028 43 (200) 46 57 103 90 220 61 364 97 525 53 (3000) 707 21 23 74 800 31 950 80 81 67,010 78 139 212 35 38 61 91 (1500) 96 309 33 50 (300) 693 714 959 (300) 67 75 82 (300) 98 (300) 68,156 65 216 50 65 (1500) 75 308 (600) 30 457 89 505 780 87 803 27 37 45 69,111 286 358 456 535 754 74 862 902.

70,032 61 207 21 29 47 60 327 69 418 53 518 53 70 720 (3000) 24 83 92 93 912 (3000) 71,079 133 70 348 545 92 700 79 81 804 8 35 68 77 72,092 129 307 42 99 573 (1500) 82 618 74 78 (600) 87 836 (3000) 54 (1500) 65 (1500) 92 70 73,051 171 413 39 54 71 599 611 (300) 35 720 26 (3000) 839 79 915 69 84 74,003 62 100 264 349 (3000) 71 (3000) 650 (3000) 87 949 75,103 265 96 335 (300) 418 54 89 515 884 954 60 65 (600) 76,090 102 64 216 44 (1500) 59 307 50 55 400 72 97 510 29 75 99 608 18 40 41 776 936 52 77,001 8 316 (1500) 71 (1500) 423 47 61 519 630 700 43 75 867 83 950 78,087 88 131 77 224 (3000) 85 93 329 511 79 613 18 41 98 787 845 912 79,196 272 335 86 439 544 59 93 626 58 74 99 805 (300) 34 (300) 66 917.

80,019 (600) 125 281 357 505 85 639 55 86 741 335 49 57 59 71 906 66 81,032 119 280 343 410 71 640 49 708 59 803 16 901 (600) 38 64 91 82,022 28 43 124 50 (300) 229 91 365 68

(3000) 440 83 504 5 616 (300) 49 86 986 (300) 83,083 356 62 457 610 19 (3000) 712 89 833 933 38 86 95 98 84,083 211 13 337 83 401 501 40 (300) 55 (3000) 60 645 96 715 64 920 85,001 19 32 182 201 (600) 8 39 311 62 437 559 61 604 (300) 907 56 82 86,000 69 74 97 98 138 (300) 60 (300) 209 25 26 84 (300) 311 62 64 404 (300) 518 23 610 34 754 837 71 85 (300) 917 73 87,056 74 80 (3000) 112 30 217 25 68 81 87 410 63 74 521 32 36 600 739 49 852 77 97 (1500) 999 88,008 51 99 (300) 117 80 306 89 441 61 648 85 700 883 91 97 980 89,046 68 176 (300) 80 254 86 90 375 507 608 (1500) 33 63 84 (3000) 91 99 732 64 94 841 48 53 928 (3000) 64.

90,001 4 13 105 (3000) 92 369 77 95 583 (300) 646 (300) 704

26 34 74 822 58 65 66 959 91,200 16 17 89 97 309 558 91 601 77 700 (600) 51 848 98 951 92,005 20 22 63 (600) 93 170 94 262 (1500) 74 83 95 303 14 23 447 54 57 78 84 (3000) 505 31 (300) 70 72 652 716 61 96 838 76 88 931 35 51 93,110 46 68 293 322 26 48 405 13 (1500) 29 76 (600) 97 560 (600) 72 607 743 50 71 82 83 915 (300) 66 94,244 63 98 (600) 321 90 431 49 59 94 574 648 88 706 25 (600) 45 815 38 (300) 99 946 (300).

© Berlin, 8. Febr. [Der Tod des Papstes. — Ablehnung

Wiens als Konferenzort. — Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt. — Erträge der Tabaksteuer. — Bundesrath.] Der Tod des Papstes hat für Deutschland eine große Bedeutung, denn von der nächsten Papstwahl hängt vermuthlich auf lange Zeit hinaus das Verhältnis zwischen der römischen Kirche und dem Deutschen Reich ab. Es muß sich bei der bevorstehenden Wahl zeigen, ob das System der Curie, wie es eben unter Pius IX. zur Vollendung gelangte, überhaupt noch durch das Cardinalcollegium geändert werden kann. Ueber den Verlauf des Conclaves ist jede Vermuthung unmöglich, so viel Mittheilungen auch über die persönliche Stellung und Stimmung der einzelnen Mitglieder des Cardinalcollegiums in Umlauf gebracht worden sind. Niemand weiß, welchen Einfluß die Dinge in den letzten Jahren im Geheimen auf die Gemüther der Cardinale geübt haben, aber welches Ergebnis das Conclave auch immer haben möge, zwei Thatsachen werden die Stellung Deutschlands zu der weiteren Entwicklung bestimmen: die erste, daß, wer auch immer aus dem Conclave als Papst hervorgeht, doch keinem Nachfolger die unvergleichliche Autorität und das unbedingte Vertrauen der katholischen Welt zur Seite stehen wird. Die zweite, noch eingreifendere Thatsache ist, daß Preußen und Deutschland jetzt den festen Boden zu einer starken Defensive besitzen. Insofern kann man von dem Standpunkt der deutschen Politik der bevorstehenden Entscheidung mit Ruhe entgegengehen. — Die pessimistischen Anschauungen, welche an die russische Ablehnung Wiens als des Konferenzortes vielfach geknüpft worden sind, finden in unterrichteten Kreisen keineswegs Bestätigung. Die Einladung nach Wien war auch keineswegs erfolgt, um der österreichischen Regierung die Präsidialstellung auf der Konferenz zu sichern, sondern vielmehr weil es ein Gebot der Courtoisie ist, daß die zu einer Konferenz einladende Macht den Eingeladenen auch die Stätte anbietet. Man hält für sehr wahrscheinlich, daß Oesterreich in die Wahl eines dritten Ortes nicht nur gern einwilligt, sondern sogar nach erfüllter Pflicht der Courtoisie im stillen Einverständnis mit Rußland. — Auf Grund des § 64 der Statuten der Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt ist vor Kurzem eine außerordentliche Revision dieser Statuten erfolgt. Die Revisions-Commission hatte beschloffen, einen dritten Nachtrag zu den Statuten einzuführen, welcher mittelst Erlaß vom 3. December vorigen Jahres die königliche Genehmigung erhalten hat und seit dem 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten ist. — Nach einer amtlich aufgestellten vorläufigen Uebersicht des Betrages der Tabaksteuer in dem Zollgebiet für das Erntejahr 1877/78 betrug die Soll-Einnahme 1,188,951 Mark, davon auf Preußen 341,868 Mark. In dem Erntejahr 1876/77 kamen an Steuer im Ganzen auf 1,496,534 Mk., so daß das letzte Jahr ein Minus von 307,583 Mk. aufweist. — Morgen ist Bundesrathssitzung; auf der Tagesordnung stehen die gestern von uns erwähnte Nachweisung der verfügbaren Bestände vom 1. December 1877 und der fortdauernden Bestände des Reichshaushalts-Etats; Entwurf eines Gesetzes über Zuwiderhandlungen gegen das Einfuhrverbot zur Verhütung der Einschleppung der Rinderpest u. A.

[Chefspräsidenten.] Die Stelle eines Chefspräsidenten beim

Preussischen Obergericht, welche durch den Tod des Staatsministers von Uhden erledigt worden ist, und ebenso die vacante Stelle eines Chefspräsidenten des Appellationsgerichts zu Breslau, sollen, wie wir hören, nicht wieder besetzt werden, da das Ober-Tribunal mit dem Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes für das Deutsche Reich aufgehoben wird und an die Stelle des Appellationsgerichts zu Breslau das Oberlandesgericht für die Provinz Schlesien tritt.

Österreich.

*** Wien, 7. Febr. [Die Berliner Thronrede und der Congress.] Die Congress-Acten stehen heute herzlich schlecht, wenn sich bis zur Stunde das Börsengericht von dem bereits erfolgten Einmarsche der Russen in Konstantinopel noch nicht befähigt hat. Was übrigens das dieser Einmarsch noch zu bedeuten, da nach dem officiellen Telegramm des Großfürsten Nicolaus der am 31. Januar in Adrianopel abgeschlossene Waffenstillstand die Donaufestungen Widin, Ruschuk und Silistria, sowie Sulina, dann die Westküste des Schwarzen Meeres von der Grenze bis kurz vor Varna und wieder hinter Varna bis fast an den Bosporus mit den Häfen von Burgos und Midia, die Küste des Marmara-Meeres südwärts von Konstantinopel bis zum Eingang der Darbanellen, endlich wieder vom Cherfontes ab die thrakische Küste in die Hände der Russen giebt? Der auf die Orientfrage bezügliche Passus der Rede bei Eröffnung Ihres Reichstages hat hier selbst auf unsere Officiellen sichtlich einen depressirenden Eindruck gemacht. Die objective Kühle, womit unmittelbar an die Reminiscenz von dem Fiasco der Konstantinopeler Konferenz die Hoffnung gereicht wird, daß die nunmehr bevorstehende Diplomaten-Versammlung die Resolutionen des Londoner Protokolls verwirklichen werde, fana nach der ganzen Lage der Sache sichtlich nicht so gedeutet werden, als wolle Deutschland den Garen anhalten, sich mit jenen Errungenschaften zu begnügen. Also liegt darin ein souveränes Ignoriren des Umstandes, daß Rußland inzwischen, weit über alle Stambuler und Londoner Verabredungen hinausgreifend, mit Forderungen hervorgetreten ist, die England und auch Oesterreich an die Nieren gehen. Im Besitze aller Positionen von Widin längs der Donau und des Meeres bis gegen die chalcidische Halbinsel hin, bereit sich in jedem beliebigen Augenblicke binnen weniger Stunden auf Varna, Byzanz, Gallipoli zu stürzen, kann Rußland in größter Seelenruhe mit dem Spruche „beati possidentes“ auf den Congress treten: selbst die Zulassung der Türkei könnte ihm kaum mehr viel schaden. Dennoch steht allein von dem Fürsten Gortschakoff noch die Annahme des Andrássy'schen Vorschlages hier aus; und General Nowikoff signalisirt allerlei Vorbebedingungen. Er mäktelt an der Erklärung Wiens zum Congressorte und würde einen stillen Platz in Belgien oder der Schweiz, namentlich Lausanne vorziehen. Wie weit es dem Fürsten Gortschakoff damit Ernst ist, bleibe dahingestellt; wie klug aber dieser Schachzug ist, ergibt sich schon daraus, daß der „Pester Lloyd“ heute schon tactlos genug ist, den anticipirten zweiten Wiener Congress als einen großartigen Triumph der Diplomatie Andrássy's auszuposaunen und gerade

die Designation Wiens als beste Garantie für die Wahrung der österreichischen Interessen zu charakterisiren!! Unschuldvolles Gemüth! Erstler gemeint ist jedenfalls die unbedingte Verhorrückung des Pariser Vertrages als Verhandlungsbasis. Die Stipulation vollends, daß vorher der russisch-türkische Separatfrieden perfect sein müsse, schiebt den Beginn des Congresses unabsehbar hinaus und degradirt ihn zu einer bloßen Ceremonie!

Frankreich.

© Paris, 6. Februar. [Mißthimmung und Reibereien unter den Mitgliedern der Linken. — Zur Senatswahl. — Neue Wahlen für die Kammer. — Die deutsche Thronrede. — Zur Konferenz.] Eine gewisse Mißthimmung ist noch im Folge der letzten Zwischenfälle innerhalb der republikanischen Mehrheit zurückgeblieben. Man merkt jetzt wohl, einen wie tiefen Eindruck die Kritik des vorigen Jahres hinterlassen hat und wie fest das Mißtrauen der Republikaner wurzelt. Gambetta hat große Anstrengungen machen müssen, um seine Parteigenossen zur Wiederaufnahme der Budgetdiscussions zu bewegen. Zugleich discutirt man in der Mehrheit lebhaft die Frage, ob das republikanische Ausschüssecomité der Achtehn fortbestehen soll oder nicht. Die Männer des linken Centrums sind für die Auflösung dieses Comité's, indem sie geltend machen, daß im Falle der Befassung dieses Comité's sofort werde wiederhergestellt lassen. Die Linke und die äußerste Linke sind für die Beibehaltung und meinen, es sei gut zu zeigen, daß die republikanische Partei für etwaige Rückfälle im Vorwärtsmarsche bereits getroffen hat. Endlich bemerkt man im linken Centrum einigen Mißmuth, der darin seinen Grund hat, daß Gambetta zu entschieden als der Führer der ganzen Mehrheit in den Vordergrund getreten ist. Ob dabei Eifersüchtelei im Spiele ist oder was immer — einige gemäßigtere Republikaner halten dafür, daß das linke Centrum nicht absolut in der Linken untergehen dürfe, sondern eine Art Unabhängigkeit bewahren müsse. In welcher Weise diese Unabhängigkeit beibehalten werden soll, wird allerdings nicht gesagt und am Ende thäte man Unrecht, allen diesen kleinen Reibereien, die schwerlich den Zusammenhang der Mehrheit ernstlich gefährden werden, eine zu große Bedeutung beizumessen. — Morgen wird der Senat wieder zur Wahl eines lebenslänglichen Mitgliedes schreiten. Man glaubt weniger als jemals, daß dem Duc Decazes bei diesem dritten Wahlgange ein besserer Erfolg beschieden sein wird, als bei den zwei ersten Abstimmungen, obgleich die Constitutionellen verzwiefelte Anstrengungen machen, die Royalisten für den Herzog zu gewinnen. — Das „Amtsblatt“ beruft für den 3. März die Wähler von 16 Bezirken zur Deputirtenwahl. Von diesen Bezirken haben zwei (Calais und Marseille) ihre Vertreter (Ducumy und Raspail) durch den Tod verloren; die Vertreter der 14 anderen sind von der Kammer cassirt worden. Nur wenige der Herren werden, wie es scheint, von Neuem nach Versailles geschickt werden. — Die heute Nachmittag bekannt gewordene deutsche Thronrede hat einen vorzüglichen Eindruck gemacht und hat an der Börse eine starke Hausse bewirkt. — Der „Figaro“ glaubt zu wissen, daß Herr de Banneville, der sich augenblicklich bei seinem Sohne in München aufhält, dazu aufersehen sei, Frankreich bei der europäischen Konferenz zu vertreten; man spricht auch von Journier, der noch immer nicht auf seinen Posten abgegangen ist.

Provincial-Beitrag.

8 Breslau, 8. Februar. [Schwurgericht. Vorsätzliche Brandstiftung.] In der Nacht vom 20. zum 21. Juli 1877, und zwar kurz vor 12 Uhr, hat an dem Hause des Freistellers Bunt zu Ober-Stradam ein Brandstiftung stattgefunden. Dieses Haus, welches von den Einlieger-Familien Hartmann und Bruhm bewohnt wird, liegt an der Dorfstraße mit der Front nach der Straße zu. Es ist mit Schoben gedeckt. Das Feuer wurde an der hinteren Seite des Hauses von außen in das Schobendach gelegt. Es ist nur ein 1/4 Quadratmeter großes Stiel ausgebrannt. Unsern dieses Hauses, aber durch die Dorfstraße getrennt, liegt das Gafische und etwa 60 Schritt von letzterem entfernt, das Freisteller Wolf'sche Haus. Den Ausbruch des Feuers hatte Frauhartmann, welche ihr Kind stillte, bemerkt. Sie wedte ihren Mann, es war diesem ein Leichtes, die glimmenden Schoben herauszureißen und so die Gefahr zu beseitigen.

Diese Brandstiftung wird dem 37 Jahre alten Freisteller Carl Wolf aus Ober-Stradam zur Last gelegt. W. steht seit Jahren mit Gaf in Injurien

